

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Werbearbeit und Presse.

Werbearbeit leisten war immer eine der vornehmsten Aufgaben eines jeden überzeugten Gewerkschafters. Einzelne Organisationen, deren Mitglieder wegen der Besonderheit ihres Berufes in Versammlungen nur sehr schwer, oft auch gar nicht, zu erfassen waren, sind überhaupt erst durch die stete und opferbereite Klein- und Werbearbeit der einmal gewonnenen Mitglieder möglich geworden und gewachsen. Und die schönsten Stunden in der Erinnerung der älteren Verbandskollegen sind heute immer noch jene, besonders aus der Vorkriegszeit, die sie zur Werbung neuer Mitglieder opferten. Was hier oft geleistet und gelitten wurde in idealer Hingabe und Aufopferung, wird immer zu dem schönsten von allem Menschlich-Idealen gerechnet werden können. Ja, meistens waren es überhaupt erst diese Opfer jener uneigennütigen Kämpfer, die in den Reihen der Indifferenten den Glauben an proletarische Solidarität und den Wert gewerkschaftlichen Zusammenschlusses weckten.

Aber auch heute noch ist die Zahl derer groß, die auf der Arbeitsstelle und in ihrer Freizeit nie vergessen, daß Werbearbeit leisten im täglichen Stundenplan des Gewerkschafters obenanstehen muß. Und auch hier gibt es immer noch so etwas wie ein stilles Heldentum. Soviel ist sicher: wären nicht jene unermüdeten Werber neuer Mitglieder, dann würden die freien Gewerkschaften heute wohl schwerlich über vier Millionen Streiter in ihren Reihen zählen können. Auch in unserm Verbands sind ständig Hunderte Kollegen bei der Arbeit, den Gewerkschaftsgedanken immer weiter in die Reihen unserer Berufskollegen vorzutragen. Beweis hierfür sind die ununterbrochen einlaufenden Anmeldungen neuer Mitglieder. Trotzdem aber läßt sich auf dem Gebiete der Agitation und Werbearbeit immer noch viel herausholen und vervollkommen. Das beweist gerade die letzte Zeit, in der die meisten Organisationen gut organisierte Werbewochen führten mit zum Teil ausgezeichneten Erfolgen. Diese Tatsache dürfte auch den einzelnen Filialen unserer Organisation erneut ein Ansporn sein, von sich aus öfter solche organisierte Werbeaktionen zu führen, da dafür ja nicht unbedingt die Anweisung des Hauptverbandes abgewartet zu werden braucht. Sehr oft bieten örtlich begrenzte Vorgänge und Verhältnisse einen günstigen Boden zur Ausbreitung unserer Idee, was natürlich sofort ausgiebig von den Ortsverwaltungen ausgenutzt werden muß.

Ebenso wichtig aber, ja fast identisch mit der Werbearbeit, ist die Aufklärungsarbeit unter den Unorganisierten. Werbearbeit ist eigentlich ja nur Erntearbeit, die die Früchte einbringen soll, die durch vorausgegangene Aufklärung und Belehrung reif geworden sind. Je gründlicher und intensiver diese vorbereitende Aufklärungsarbeit geleistet werden kann, desto größer wird der Erfolg sein in Gewinnung neuer Mitglieder. Desto größer aber auch die Aussicht, gewonnene Mitglieder halten zu können. Jede Filiale weiß, welche große Bedeutung gerade der Frage zukommt: Wie halten wir die Mitglieder? Es gibt kaum eine Ortsgruppe, die nicht monatlich eine bestimmte Anzahl von Neuaufnahmen aufzuweisen hat, die aber sehr oft ihre Kompensierung findet in einer fast gleich großen Anzahl von Austritten. Woher kommt das? Vor-erst hierzu einige Zahlen. In dem Jahrbuche der Deutschen Sozialdemokratie finden wir folgende Tabelle:

Bezieher sozialdemokratischer Zeitungen:	Ende 1925	Ende 1926
In ganz Deutschland	1,75 %	1,85 %
Im besten Erhebungsbezirk	7,23 "	7,05 "
Im schlechtesten Erhebungsbezirk ...	0,16 "	0,18 "

Rechnen wir einmal die kommunistische Presse mit in diesen Zahlen auf, dann dürften also rund 2,5 % der deutschen Einwohner eine ausgesprochen links eingestellte

Tageszeitung beziehen. Das wären insgesamt bei 65 Millionen Einwohnern rund 1 600 000 Bezahler. Alle übrigen Zeitungsbezieher verteilen sich also auf die farblos-bürgerliche, die tendenziös-bürgerliche und die direkt reaktionäre Presse. Demgegenüber vergleiche man die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften allein einen Mitgliederbestand von über 4 Millionen zählen. Damit dürfte sofort jedem klar geworden sein, daß bei weitem noch nicht die gesamte Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften Leser einer ausgesprochen links gerichteten Tageszeitung ist. Diese Zahlen beweisen aber gleichzeitig, daß es wohl nur eine günstige Ausnahme sein kann, wenn ein Unorganisierte eine ausgesprochene Arbeiterzeitung als Tageszeitung abonniert hat. Hier aber liegt das eigentliche Kriterium für die Lösung. Wie kommen wir an die Masse, das heißt, an die Unorganisierten heran? In diesen Tagen nun veranstaltet die Sozialdemokratische Partei eine große Werbeaktion an allen Orten zur Gewinnung von Parteimitgliedern und neuen Abonnenten für die sozialdemokratische Presse. Das Ergebnis gerade in der letztgenannten Absicht darf auch den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein. Wir sind es der Arbeiterpresse schuldig, sie in allen Stücken zu unterstützen und bei ihrer Ausbreitung mitzuhelfen. Die Presse ist es, die täglich zu ihren Lesern spricht. Und was sie spricht, wird schließlich zum geistigen Inhalt und zur eigenen Ansicht des täglich Lesenden. Ist sie ein Freund der Arbeiter und ihrer Organisation, dann wird sich das unwillkürlich auch auf ihre Leser verpflanzen, die dadurch leicht zu gewinnen sein werden. Steht sie uns gleichgültig gegenüber, gar feindlich, dann wird es wohl kaum möglich sein, in gelegentlichen Unterhaltungen wieder gut zu machen, was sie bei dem Leser in ununterbrochener täglicher Wählerarbeit verborgen hat.

Wir haben vorhin schon gesagt, daß Werbearbeit eigentlich nur Erntearbeit sein kann. Wenn wir also hier mehr Erfolg erzielen wollen als bisher, dann müssen wir der Aufklärung und Belehrung, der Vorarbeit zur Werbearbeit, mehr Beachtung schenken. An erster Stelle steht hier als besonders gutes Hilfsmittel die Tagespresse. Sorgen wir dafür, daß unsere Arbeitsbrüder und Berufskollegen in erster Linie die sich klar zu uns bekennende Presse lesen, damit uns die Früchte reicher und reifer zufallen.

Weshalb muß die Arbeitszeit verkürzt werden?

Die Sorge wegen der freisetzenden Wirkung der technischen Rationalisierung scheint gegenwärtig in den Hintergrund getreten zu sein — wenigstens in Deutschland könnte man diesen Eindruck gewinnen. Man weiß auf die im großen Maßstab erfolgte Auffaugung der Arbeitslosen im laufenden Jahr hin und will darin die Beseitigung der Arbeitslosigkeit der sogenannten „Kompensations-(ausgleichs-)theorie“ (erhöhte Produktivität erhöhe den Verbrauch und steigere somit die Nachfrage nach Arbeitskräften) erblicken. Diesen Optimisten gegenüber glauben wir, daß die Freisetzung von Arbeitskräften als Folge der Rationalisierung in absehbarer Zeit wieder in verstärktem Umfang wieder in Erscheinung treten kann, sowohl in Deutschland als auch freilich noch mehr in jenen Ländern, wo erst jetzt mit der Rationalisierung begonnen wird. Keineswegs können wir uns bei der erwähnten Ausgleichstheorie, derzufolge die wegrationalisierten Arbeiter nach einer Ubergangszeit in der Industrie wieder unterkommen würden, beruhigen. Vielmehr sind wir überzeugt davon, daß die Freisetzung der Arbeiter infolge Rationalisierung ein ernstes, ja schicksalsschweres Problem der Zukunft bleiben wird.

Wir möchten die Aufmerksamkeit auf eine kürzlich erschienene Arbeit des Professors an der Universität Kopenhagen, Dr. J. Birck (Kieler Vorträge Nr. 21) lenken, der die erwähnte „Kompensationstheorie“ mit großer Schärfe zu widerlegen und gleichzeitig zu beweisen sucht, daß wir mit der Freisetzung von Arbeitskräften infolge des technischen Fortschritts als einer dauernden Erscheinung rechnen müssen. Seine theoretische Beweisführung ist, wenn sie auch nicht überall klar ist und zu

Mißverständnissen führen kann, sehr beachtenswert, zumal sie auf die energische Forderung einer Arbeitszeitverkürzung hinausgeht. Die Grundthesen des Professors Birck lauten folgendermaßen: Die Technik habe die Kapitalbildung überholt und dadurch verstärkt sie — durch Freisetzung von Arbeitskräften — die Krisen. Daß die technische Entwicklung (im Sinne der automatisierenden Technik) die Kapitalbildung überfüllt hat, kommt darin zum Ausdruck, daß man zuviel stehendes Kapital im Verhältnis zum umlaufenden anlegt. Nicht die allzu hohe Kapitalbildung, sondern das Mißverhältnis zwischen Kapitalmenge und technischem Fortschritt muß zur Arbeitslosigkeit führen. Das Realkapital — der sachliche Produktionsapparat, wie das Betriebskapital — nimmt nicht beziehungsweise nicht genug zu, sondern es wird jeweils nur das alte Realkapital in eine höhere Technik mit arbeitssparender Produktion angelegt — derselben Kapitalmenge entspricht eine ständig wachsende Leistungsfähigkeit. Daß die Unternehmer trotz dieses Sachverhalts hohe und steigende Vermögen aufweisen können, kommt daher, daß sie in der hochkapitalistischen (Monopol-)Wirtschaft immer in der Lage sind, jede Art von Einkommen zu kapitalisieren (in Vermögen umzuwandeln).

„Im Gegensatz zum Wachstum des sozialen Realkapitals wächst die Summe der einzelnen Vermögen ununterbrochen durch Kapitalisierung — Kapitalisierung höherer Leistungsfähigkeit, Kapitalisierung von Monopol und Machtpositionen (durch Vorwegnahme des künftigen Ertrags u. s.) und durch die Milliarden schulden der Staaten, die gleichbedeutend sind mit der Kapitalisierung zukünftiger produktiver Möglichkeiten.“

Professor Birck will nun seine gedankenreichen Ausführungen im Gegensatz zur marxistischen Theorie stellen, die die Krisen und die Arbeitslosigkeit aus einer allzu raschen Kapitalbildung herleiten soll. Unseres Erachtens ist der behauptete Gegensatz zu Marx in Wirklichkeit nicht vorhanden, vielmehr könnte die geschilderte Theorie, richtig angewendet, eine sehr begrüßenswerte Ergänzung der marxistischen Krisentheorie liefern. Prof. Birck trifft das Richtige, wenn er behauptet: „Niedriger Lohn und hohe Preise sind das Ziel des kapitalistischen Unternehmers, während das Ideal billige Waren und teure Menschenkraft verlangt.“ Auch zeigt er ganz in der Linie der sozialistischen Krisentheorie, wie es durch niedrige Löhne und hohe Preise, die die Kapitalbildung begünstigen und höhere technische Produktionsformen entstehen lassen, zu einer Absahkrise kommen muß, und daß in deren Folge Arbeitslosigkeit entsteht, allerdings nach ihm eine Arbeitslosigkeit von vorübergehender Natur. Dann aber beweist er — und das ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung —, daß die Absahkrise Entwertung des angelegten Kapitals und Störung der Kapitalbildung bedeutet. Er hätte nur unterstreichen sollen, daß eben diese Entwertung des Kapitals und Störung der Kapitalbildung während der Absahkrise einen wichtigen Grund für das verhältnismäßig geringe Wachstum des Realkapitals bildet. Und wenn er dann feststellt, daß wir heutzutage den Zustand haben, wo die Kapitalmenge nicht groß genug ist, um die gesamte Arbeiterkraft mit der gewählten Technik zu beschäftigen, so hätte er hervorheben sollen, daß dieser Zustand neben dem sogenannten „moralischen Verschleiß“, das heißt, daß die Lebensdauer der Maschinen infolge weiterer technischer Fortschritte verkürzt wird, auf die Kapitalverwertung während der Absahkrise zurückzuführen sei. Ein Gegensatz zu Marx liegt aber nicht vor: wenn bei Marx das aus Unternehmerprofilen neugebildete Kapital in immer höheren technischen Formen angelegt wird (mit seiner Ausdrucksweise: die organische Zusammenfassung des Kapitals wächst), so ist damit über die Größe dieses Kapitals an sich noch nichts ausgesagt, sondern nur über die Verschlebung zwischen stehendem und umlaufendem Kapital zugunsten des ersteren: daher die Freisetzung von Arbeitskräften. Der wünschenswerte Zustand wäre, wenn sowohl das stehende als auch das umlaufende Kapital beide im entsprechenden Umfang wachsen würden. Unter den geschilderten kapitalistischen Verhältnissen reicht aber die Kapitalbildung nur aus, um das stehende Kapital nach Wunsch der Unternehmer zu erhalten, für ausreichendes Umlaufkapital (vor allem für Löhne) bleibt kein Raum mehr übrig. Die für den ersten Augenblick befremdende Formulierung Prof. Bircks, daß nicht zu große, sondern zu geringe Kapitalbildung (im Verhältnis zum technischen Fortschritt) Ursache der Freisetzung von Arbeitskräften sei, erscheint unter diesem Gesichtspunkt in einem anderen Licht. Niedrige Löhne und hohe Preise ermöglichen die Kapitalbildung und die Anlagen mit höherer Technik, sie führen aber gleichzeitig zu Absahkrisen, wo dann große Werte vernichtet werden. Dadurch wird aber die Kapitalbildung zum Teil wieder rückgängig gemacht; bleibt nur die frei-

zulage erhalten. Die Vollrente soll nicht mehr zwei Drittel, sondern den ganzen Jahresarbeitsverdienst betragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Jahresarbeitsverdienste in der Landwirtschaft sollen gestrichen werden.

In der Invalidenversicherung wird eine Vermehrung der Lohnklassen von 7 auf 9 verlangt. Als invalide soll gelten, wer nicht mehr imstande ist, die Hälfte und nicht wie bisher ein Drittel, dessen zu erwerben, was gesunde Personen zu verdienen pflegen. Witwenrente soll künftig jede Witwe und nicht nur wie bisher die dauernd invalide Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes beziehen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll die Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes Witwenrente erhalten, wenn sie das Alter von 40 Jahren vollendet oder wenn ihr die Pflege und Erziehung ihrer Kinder obliegt, oder wenn sie infolge von Krankheit oder andern Gebrechen dauernd invalide ist. Als invalide soll künftig die Witwe gelten, die nicht imstande ist, die Hälfte des üblichen Arbeitsverdienstes zu verdienen, anstatt bisher ein Drittel. Die Waisenrente soll bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden. Der Reichszuschuß für jede Invaliden-, Witwen- und Waisenrente soll von jährlich 72 auf 192 M. für jede Waisenrente von 36 auf 96 M. erhöht werden.

Weiter wird die Erhöhung des Grundbetrages der Invalidenrente für alle Lohnklassen von 168 auf 228 M. jährlich gefordert. Der Kinderzuschuß soll von 90 auf 180 M. im Jahre erhöht werden.

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht ferner die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, nach dem in der Unfallversicherung eine Umrechnung der laufenden Renten in Abschnitten von 5 Jahren nach den jeweils geltenden Löhnen vorgenommen wird. Die erstmalige Umrechnung der Renten soll mit Wirkung vom 1. Januar an erfolgen. Endlich nimmt die Sozialdemokratie ihre alte Forderung wieder auf, wonach die Entschädigungspflicht auf alle gewerblichen Berufskrankheiten und der Versicherungskreis auf alle gegen Entgelt verrichteten Arbeitsleistungen ausgedehnt wird.

Für den Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufsgrade ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens ausgedehnt wird. Der Grundbetrag der Renten soll von 480 auf 720 M. jährlich erhöht, die geleisteten Beiträge (Steigerungsjahr) mit 20 statt bisher 15 % angerechnet werden, das Kindergeld von 90 auf 180 M. erhöht und die früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen aufgewertet werden. Es wird weiter die Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr, volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit und Rechtsanspruch auf Heilverfahren gefordert. Die Versicherten sollen gegen soziale Anlage ihrer Beitragsgelder geschützt, billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau, gegeben werden. Das Vertrauensmännersystem ist zu reformieren, das indirekte Wahlsystem abzuschaffen, dagegen sind Urwahlen durch die Versicherten einzuführen.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen kommt die Sozialdemokratie ihrer Ankündigung nach, daß sie für die schnelle Verbesserung der Sozialversicherung Sorge tragen werde. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages wird sich Gelegenheit bieten, die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu zwingen, in die Verhandlung über die sozialdemokratischen Forderungen einzutreten. Der ständig steigenden Not der Sozialrentner muß durch Erhöhung der Bezüge begegnet werden, und die Leistungen der Sozialversicherung müssen auf alle Hand- und Kopfarbeiter ausgedehnt werden.

Zahlen, die man sich merken muß.

Anlässlich eines Kurzus, der von der Reichsarbeitsverwaltung für die in der Praxis stehenden sozialpolitisch tätigen Beamten veranstaltet wurde, hielt auch der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Sprup, einen Vortrag über Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In diesem Vortrage, der jetzt im 38. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird, brachte der Vortragende einiges Zahlenmaterial, das im wirtschafts- und sozialpolitischen Leben unserer Zeit noch oft Verwendung finden wird. Wir entnehmen dem Vortrag das nachfolgende Zahlenmaterial: Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) betrug 1910 57,80 Millionen, 1919 59,18 Millionen, 1925 62,54 Millionen. Sie hat sich also in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum 16. Juni 1925 um rund 3,36 Millionen Köpfe vermehrt, im Jahresdurchschnitt um 390 000.

Durch den Krieg werden als Bevölkerungsverlust angegeben: 2 Millionen Tote, 3 Millionen Kinder, die infolge des Krieges ungeboren blieben, 3 Millionen der Zivilbevölkerung, die durch die Hungerblockade hingerafft wurde. Diesen Verlusten stehen aber erhebliche Gewinne gegenüber: 1,2 Millionen Köpfe, die als Auslandsdeutsche und Flüchtlinge aus abgetretenen Gebieten zugewandert sind, und 4,5 Millionen Menschen als Geburtenüberschuß von 1910 bis 1925 (davon entfielen auf die Nachkriegszeit allein 3,3 Millionen).

Unter den 2 Millionen Toten des Weltkrieges waren 1 500 000 Männer im leistungsfähigen Alter von 18 bis 45 Jahren. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegesbeschädigten beträgt 722 000; rechnen wir dazu die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfallverletzten, so haben wir gar 1,5 Millionen deren Einbeziehung in den Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten verbunden ist. Infolge der Kriegsverluste ist der männliche Anteil der Bevölkerung gegenüber dem weiblichen stark zurückgegangen. Während die Volkszählung von 1910 ein Mehr von nicht ganz 0,5 Millionen Frauen anwies, betrug dieser Unterschied im Jahre 1925 2,1 Millionen.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum.

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen.

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Die Verluste der leistungsfähigsten Altersklassen der männlichen Bevölkerung sind arbeitsmarktmäßig zu einem Teil aufgehoben durch die Verminderung des Heeres und der Kriegsmarine. Der Kopfbestand betrug 1914 beim Reichsheer 800 646, bei der Reichsmarine 79 200; 1925 beim Reichsheer 79 290, bei der Reichsmarine 15 000. Also 785 646 Personen fliehen hierdurch dem Arbeitsmarkt mehr zu als vor dem Kriege.

Die Zahl der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie, im Bergbau, in der Landwirtschaft, im Handel und Verkehr, in der Hauswirtschaft usw. wird auf 21 Millionen geschätzt. Dazu kommen noch 16 bis 17 Millionen Familienangehörige, so daß rund 60 % der Gesamtbevölkerung in ihren Lebensbedingungen unmittelbar von den Schwankungen des Arbeitsmarktes abhängig sind. — Diese Zahlen lassen sich noch nach verschiedenen Richtungen erweitern, wovon wir aber absehen. Wer ein weiteres Interesse an der Auswertung dieses Zahlenmaterials in bezug auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland hat, der verschaffe sich das jüngst von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebene 38. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, in dem neben dem von Dr. Sprup gehaltenen Vortrage 15 weitere aktuelle sozialpolitische Vorträge zum Abdruck gelangt sind.

Die Sitze der neuen Landesarbeitsämter.

Als Sitze für die neuen Landesarbeitsämter wurden folgende Städte bestimmt: 1. Königsberg für das Landesarbeitsamt Ostpreußen; 2. Breslau für Schlesien; 3. Berlin für Brandenburg; 4. Stettin für Pommern; 5. Hamburg für Nordmark; 6. Hannover für Niedersachsen; 7. Dortmund für Westfalen; 8. Köln für das Rheinland; 9. Frankfurt a. M. für Hessen; 10. Erfurt für Mitteldeutschland; 11. Stuttgart für Südwestdeutschland; 12. München für Bayern; 13. Dresden für das Landesarbeitsamt Sachsen.

Arbeiterversicherung

Wohin fliehen die Gelder der Betriebskrankenkassen? Bei einer Revision der Betriebskrankenkasse der Firma C. in Ratingen wurde vom Versicherungsamt festgestellt, daß 13 000 M. in der Betriebskrankenkasse fehlen und diese Gelder von der Firma zu Betriebszwecken verwendet worden sind. Das Versicherungsamt hat eine Frist gestellt, damit die Firma das Geld wieder in die Betriebskrankenkasse einbringt. Bis jetzt ist das nicht geschehen. Die Firma geriet in Konkurs. Die Leidtragenden sind die Versicherten, von denen die Beiträge aufgebracht wurden und die nurmehr keinerlei Entschädigungsansprüche gegen den Arbeitgeber mehr geltend machen können, weil die Krankenkassenbeiträge zu Betriebszwecken verbraucht wurden und die Firma infolge Zahlungsunfähigkeit keine Leistungen mehr gewähren kann. Sind derartige Fälle auch nicht vereinzelt, so kommen solche Mißbräuche doch nur selten zur Kenntnis der großen Öffentlichkeit. Nicht anders liegen die Verhältnisse oft bei verkrachten Innungskrankenkassen. Werden diese doch meist zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, um die gesammelten Kapitalien geldbedürftigen Unternehmern zu billigem Zinsfuß und sonstigen kulantem Bedingungen als Betriebskapital zur Verfügung zu stellen. Auch da sind

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 15 MARK

Anschicksexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36

dann immer die versicherten Arbeitnehmer die Betroffenen. Deshalb müssen sich die Arbeiter überall mit schärfstem Widerstand wappnen, wo solche Zerplitterungsabsichten im sozialen Versicherungswesen — sei es durch Betriebs- oder Innungskassen — aufstehen. Die gegebene Versicherungssart sind große und leistungsfähige Ortskrankenkassen, die durch paritätische Mitarbeit der Arbeitgeber und der Arbeitgeber eine Gewähr für eine solide Geschäftsführung bieten und ihre Ziele viel weiter verfolgen können, als solche Zwerggebilde. Nicht der Betrieb oder die Innung, sondern das Wohl der Versicherten ist die Aufgabe der Krankenkasse; ihnen muß alles andere untergeordnet sein.

Fachliteratur

Illustrierter Malerkalender für 1928, Taschenbuch für Dekorationsmaler, Lackierer, Anstreicher und verwandte Gewerbe. 48. Jahrgang. Bearbeitet von J. Wenzel, Schriftleiter der Malerzeitung Leipzig. Verlag von Jüstel & Götzel in Leipzig. Preis 4 M.

Wie bisher, erscheint auch der neue Jahrgang wieder in zwei Teilen; A einem solid gebundenen, sorgfältig bearbeiteten Notizkalender, der vor allem auf das praktische Geschäftsleben zugeschnitten ist, und B einem Anhang, der hauptsächlich alles wichtige Material für die Buchführung enthält. Außer dem Reichstarif für das Malergewerbe bringt er u. a. die zur Zeit geltenden Stundenlöhne, Durchschnittspreise für Malerarbeiten, die Reichsverbindungsordnung, Lohnberechnungstabellen, Tapentabellen, Tabellen für Flächenmaße von Türen, Fenstern, Heizkörpern, verschiedene Geschäfts- und Rechtsfragen, dekorative Vorbilder und ein Verzeichnis von Malerliteratur.

Die Befestigung der beim Tauch- und Spritzlackieren entstehenden Dämpfe. Von Wenzel Alvensleben-Witt. Verlag: Julius Springer, Berlin. Preis broschiert 3,30 M.

Im Auftrage des technischen Ausschusses der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene haben die Gewerbedirektoren Wenzel und Witt und der Oberingenieur Alvensleben eingehende Untersuchungen über die Einrichtungen der Spritzlackiererei und die Abführung der Dämpfe angestellt. Das Ergebnis ist in der vorliegenden Broschüre zusammengefaßt und gibt in Wort und Bild einen sehr guten Einblick in das Wesen der Spritztechnik. Da die gewerbehygienischen Interessen Veranlassung zu dieser Arbeit gaben, mußte die Frage der Wirtschaftlichkeit der Spritzlackierung unberücksichtigt bleiben. Auch die technischen Einzelheiten werden nur soweit erwähnt, als es zum Verständnis der Arbeitshandlung unbedingt notwendig ist. 31 Abbildungen aber machen mit allen zur Zeit üblichen Spritzmethoden bekannt. Als besonders wertvoll erachten wir die Angaben über die bei der Spritzlackierung zur Verwendung kommenden Materialien und ihre Eigenschaften. Die Frage des Gesundheitsschutzes und damit die Abführung entstehender Dämpfe und Farbnebel steht daher im Vordergrund. Die vorliegende Arbeit soll aber nicht nur eine kritische Würdigung der zur Zeit benutzten Einrichtungen geben, sondern möglichst auch zu weiteren Versuchen und Verbesserungen anregen. Das Trachten in luftverdünnten Räumen, die Verminderung und bessere Regelung des Spritzdruckes, die Reinigung und Wiederverwendung der abgelaugten Raumluft zur Wärmepartnerschaft und die Wiedergewinnung der verdampften Lösungsmittel sind Fragen, deren endgültige Klärung nicht unwesentlich für die weitere Entwicklung der Spritztechnik sein wird. Da nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen ist, daß die Spritzlackierung sich durchsetzen wird, gewinnt die angestellte Untersuchung für uns eine besondere Bedeutung. Es muß anerkannt werden, daß hier eine schwierige Materie in dankenswerter Weise bearbeitet und ein äußerst wertvolles Ergebnis gefunden wurde.

Dom 5. bis 12. November ist die 45. Beitragswoche. Dom 13. bis 19. November ist die 46. Beitragswoche.

Literarisches

Sozialismus und Kultur, herausgegeben vom Sozialistischen Kulturbund, Berlin S.B. 68, enthält die Verhandlungen des Blantenburg Kulturtages. 120 Seiten stark. Zum Preise von 1,50 M. durch den Buchhandel und durch den Sozialistischen Kulturbund zu beziehen. Die Schrift enthält eine Darstellung der auf der ersten sozialistischen Kulturtagung in Blantenburg behandelten Fragen und gliedert sich in folgende Teile: I. Die kulturelle Lage der Arbeiterklasse (Referent Stein). II. Die kulturellen Probleme des Sozialismus: a) Sozialismus und Wissenschaft (Referent Dr. Adolf Braun, M. d. R.), b) Sozialismus und Kunst (Prof. Anna Eimert), c) Die Aufgaben der Kunst (Prof. Leo Kestenberg), d) Sozialismus und Erziehung (Prof. Dr. Löwenstein, M. d. R.), e) Volksgesundheit (Marie Juchacz, M. d. R.), f) Volksgesundheit (Dr. med. Knack, M. d. R.), III. Mittel und Wege sozialistischer Kulturarbeit: a) Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde (Stadtrat Dr. Meerfeld), b) Aufgaben der Organisationen (Staatssekretär S. Schulz), c) Die Pflichten des einzelnen in der Gemeinschaft (A. Crispian, M. d. R.). — Das Buch ist von programmatischer Bedeutung und sollte daher für alle, die sich über die kulturellen Probleme des Sozialismus orientieren wollen, oder kulturpolitisch tätig sind, gelesen werden.